SPD
BAMBERG

Bamberg in guten Händen!

Bambergs einzigartigen Charakter zukunftsfähig gestalten.

Kommunalwahlprogramm 2026

Inhaltsverzeichnis

Soziales Bamberg 2

Zusammenhalt stärken. Chancen ermöglichen. Lebensqualität sichern.

1.1 Wohnen und Bauen in Bamberg - fair, durchmischt und zukunftsfähig 5

1.2 Mobilität in Bamberg – mobil, ohne Umwege und bezahlbar 8

1.2.1 Öffentlicher Personennahverkehr - Rückgrat der städtischen Mobilität
1.2.2 Barrierefreiheit und Information
1.2.3 Zukunftsprojekte im öffentlichen Verkehr
1.2.4 Park-and-Ride und Jobticket
1.2.5 Individualverkehr – pragmatisch und alltagstauglich
1.2.6 Infrastruktur und Baustellenmanagement
1.2.7 Radverkehr – sicher und integriert

1.3 Stadt der Bildung - Stadt der Zukunft 15

1.3.1 Frühkindliche Bildung stärken
1.3.2 Stärkere Vernetzung und Koordination
1.3.3 Schulen als Lern- und Lebensorte
1.3.4 Vielfalt als Ressource begreifen
1.3.5 Demokratiebildung und gesellschaftliche Verantwortung
1.3.6 Schul- und Jugendsozialarbeit ausbauen

1.4 Familien unterstützen, Generationen verbinden. Teilhabe ermöglichen 19

1.5 Jugend in Bamberg - Räume, Rechte und Rückhalt 22

1.6 Kultur für alle – barrierefrei, bezahlbar und lebendig 25

1.7 Integration leben – Teilhabe ermöglichen 28

Wirtschaftsstandort Bamberg

31

Erhalt sichern - Wandel gestalten - Zukunft aufbauen

2.1 Wirtschaft zur Chefsache machen 33

2.2 Gewerbeflächen sichern und Entwicklung ermöglichen 34

2.3 Handwerk stärken - Rückgrat der Bamberger Wirtschaft 34

2.4 Innenstadt als Wirtschafts- und Lebenraum stärken 35

2.5 Gastronomie und Tourismus als wirtschaftlicher Motor 36

2.6 Universität, Wirtschaft und Stadt enger verknüpfen 36

2.7 Kunst, Kultur und Kreativwirtschaft als Standortfaktor 37

2.8 Verwaltung modernisieren und regionale Wertschöpfung stärken 37

2.9 Gute Arbeit in Bamberg - Respekt, Sicherheit und Zukunft 39

Ökologisches Bamberg

45

Stadtentwicklung im Einklang mit Mensch, Natur und Klima

3.1 Erhalt des Baumbestandes - Schutz statt Symbolpolitik 46

3.2 Nachhaltige Bepflanzung und Pflege 47

3.3 Klimaresiliente Stadt – Vorsorge statt Reparatur 47

3.4 Dach- und Fassenbegrünung gezielt fördern 48

3.5 Nachhaltige Energie-, Wärme- und Kälteversorgung 48

3.6 E-Mobilität für alle ermöglichen 49

3.7 Öffentlichen Raum ökologisch und sozial aufwerten 49

3.8 Repair-Cafés, Tauschorte und gemeinschaftliche Nutzung stärken 49

3.9 Gesundheit, Bewegung und soziale Orte 50

3.10 Artenschutz als kommunale Pflicht 50

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird in diesem Programm auf geschlechtergerechte Schreibweisen verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten gleichermaßen für alle Geschlechter.

Lieber Mitbürgerinnen und Mitbürger,

unsere Welterbestadt Bamberg ist einzigartig. Mit ihren sieben Hügeln, der Altstadt, der Gärtnerstadt und den lebendigen Vierteln ist Bamberg nicht nur ein Ort, sondern ein Lebensgefühl. Doch Bamberg steht vor großen Herausforderungen. Wir freuen uns nun sehr Ihnen unser Wahlprogramm für die Kommunalwahl 2026 präsentieren zu dürfen, mit dem wir diese Herausforderungen meistern wollen und werden.

Am 08.03.2026 tritt die Bamberger SPD bei der Kommunalwahl mit 44 engagierten Kandidatinnen und Kandidaten aus allen Stadtteilen an – Menschen, die unsere Stadt mit Erfahrung, frischen Ideen und klarer Haltung voranbringen. Unsere Liste bildet die breite Vielfalt unserer Stadtgesellschaft ab. Gemeinsam werden wir Bambergs einzigartigen Charakter zukunftsfähig gestalten – für ein wirtschaftlich starkes, soziales und ökologisches Bamberg.

Dafür bitten wir Sie schon heute um Ihr Vertrauen.

Ihr Sebastian Niedermaier	Ihre Eva Jutzler	Ihr Olaf Seifert
Oberbürgermeisterkandidat	Parteivorsitzende	Parteivorsitzender
Niedermaier		

Soziales Bamberg

Zusammenhalt stärken. Chancen ermöglichen. Lebensqualität sichern.

1. Soziales Bamberg

Zusammenhalt stärken. Chancen ermöglichen. Lebensqualität sichern.

Eine starke Stadt lebt vom **Miteinander.** Sozialpolitik entscheidet darüber, ob Menschen sich sicher fühlen, faire Chancen haben und am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Für die SPD Bamberg steht der soziale Zusammenhalt im Mittelpunkt kommunaler Politik. Wir wollen eine Stadt, in der niemand zurückgelassen wird, in der Lebenslagen mitgedacht werden und in den öffentlichen Strukturen verlässlich funktionieren.

Soziale Gerechtigkeit beginnt im Alltag: beim Wohnen, bei Mobilität, Bildung und Betreuung, bei kultureller Teilhabe und in der Unterstützung von Familien, Kindern, Jugendlichen und älteren Menschen. Unser Ziel ist es, **Lebensqualität in allen Stadtteilen** zu sichern und weiterzuentwickeln – unabhängig von Einkommen, Herkunft oder Alter.

Dieses Wahlprogramm beschreibt, wie wir **Bamberg sozial, gerecht und lebenswert** gestalten wollen: mit starken Quartieren, verlässlichen Angeboten und einer Stadtpolitik, die zuhört, Verantwortung übernimmt und Chancen ermöglicht.

Wohnen und Bauen in Bamberg – fair, durchmischt und zukunftsfähig.

1.1 Wohnen und bauen in Bamberg - fair, durchmischt und zukunftsfähig

Bamberg verfügt über eine außergewöhnliche Baukultur und eine gewachsene soziale Struktur in seinen Stadtteilen. Altstadt, Gärtnerstadt und die lebendigen Quartiere prägen das Gesicht unserer Stadt und machen ihre besondere Identität aus. Dieser Charakter verpflichtet. Neue Bauvorhaben müssen sich sensibel in das bestehende Stadtgefüge einfügen, funktional sein, eine hohe gestalterische Qualität aufweisen und im Alltag der Menschen bestehen. Architektur und Baukultur dürfen nicht dem Zufall überlassen werden, sondern müssen wieder stärker Teil einer bewussten und verantwortungsvollen Stadtentwicklung sein. Auch kleinere Projekte können dabei einen großen Beitrag leisten. Jedes Bauvorhaben soll so gut gestaltet sein, dass es den einzigartigen Charakter Bambergs stärkt und weiterentwickelt.

Gleichzeitig steht Bamberg vor einer der größten sozialen Herausforderungen der kommenden Jahre: dem Mangel an bezahlbarem Wohnraum. Steigende Baukosten, begrenzte Flächen und eine hohe Nachfrage führen dazu, dass immer mehr Menschen Schwierigkeiten haben, in ihrer Stadt eine passende und bezahlbare Wohnung zu finden. Allein in den vergangenen Jahren sind die Baukosten für Wohngebäude in Bayern massiv gestiegen. Besonders betroffen sind Familien, Alleinerziehende, Auszubildende, Studierende, Seniorinnen und Senioren sowie Menschen mit geringem oder mittlerem Einkommen. **Bezahlbarer Wohnraum** ist die Grundlage für **soziale Sicherheit, gesellschaftliche Teilhabe** und **stabile Quartiere.** Wer sich Sorgen um die eigene Miete machen muss, verliert Gestaltungsspielraum im Alltag und im Leben.

Für die SPD Bamberg ist klar: Eine aktive kommunale Wohnraumpolitik ist Kern sozialdemokratischer Stadtpolitik. Unser Ziel ist es, in allen Stadtteilen – von der Gärtnerstadt über Bamberg-Ost, Kramersfeld, das Berggebiet bis nach Gaustadt und Bug – bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, Quartiere zu stabilisieren und soziale Durchmischung zu sichern

Neue Bauprojekte sollen künftig verbindlich zu **mindestens dreißig Prozent aus Wohnungen** bestehen, die der Sozialklausel unterliegen und im geförderten sowie preisgebundenen Segment liegen. Die **Bindungsdauer** dieser Mietwohnungen soll **fünfundfünfzig Jahre** betragen. Damit stellen wir sicher, dass sozialer Wohnraum nicht nur kurzfristig entsteht, sondern dauerhaft für die Menschen in unserer Stadt zur Verfügung steht. Diese sozialgerechte Bodennutzung soll durch städtebauliche Verträge zum verbindlichen Standard werden.

Neben Wohnraum werden dabei auch **notwendige Infrastrukturen wie Straßen, Kindertagesstätten, Grün- und Ausgleichsflächen** von Beginn an mitgeplant und mitfinanziert. Ziel ist eine **integrierte Stadtentwicklung,** die Wohnen, soziale Infrastruktur und Lebensqualität gemeinsam denkt.

Neben dem Neubau liegt ein großes Potenzial im vorhandenen Gebäudebestand. Leerstände, Baulücken und ungenutzte Flächen müssen systematischer erfasst und aktiviert werden. Deshalb setzen wir uns für die Einführung eines kommunalen **Leerstandsmanagements** ein. Eigentümer sollen aktiv angesprochen, beraten und unterstützt werden, um leerstehende Wohnungen wieder einer Nutzung zuzuführen. Ergänzend braucht Bamberg eine **neue Zweckentfremdungssatzung.** Dauerhafter Leerstand sowie die Umwandlung von Wohnraum in Ferienwohnungen sollen erfasst, begrenzt und – wo nötig – unterbunden werden. Ziel ist nicht Bestrafung, sondern die Rückgewinnung dringend benötigten Wohnraums. Gleichzeitig sollen zeitlich begrenzte kulturelle oder soziale Zwischennutzungen ermöglicht werden, um Leerstände sinnvoll zu überbrücken und Quartiere zu beleben.

Auch die **Umnutzung geeigneter Büroflächen zu Wohnraum** soll gezielt gefördert werden. Gerade in zentralen Lagen kann so zusätzlicher Wohnraum entstehen, ohne neue Flächen zu versiegeln. Dabei setzen wir auf verdichtetes Wohnen, das vorhandene Strukturen nutzt und weiterentwickelt, anstatt neue Freiflächen zu verbrauchen.

Der Erhalt der bestehenden Bausubstanz ist ökologisch sinnvoll und sozial notwendig. Mit dem Ausbau des sogenannten Bamberger Modells sollen **private Gebäudesanierungen stärker gefördert** werden. Ziel ist es, Eigentümer zu unterstützen, Wohnraum zu modernisieren, energetisch zu ertüchtigen und wieder nutzbar zu machen. Sanierung darf dabei nicht zu Verdrängung führen. Förderprogramme müssen so ausgestaltet sein, dass sie sozialverträgliche Lösungen ermöglichen und den Erhalt bezahlbarer Mieten unterstützen.

Eine lebendige Stadt braucht **vielfältige Wohnformen.** Neben klassischen Miet- und Eigentumswohnungen wollen wir gemeinschaftliche Wohnprojekte gezielt fördern. Dazu gehören genossenschaftliches Wohnen, Baugemeinschaften sowie Wohnformen für Seniorinnen und Senioren, Alleinerziehende und generationenübergreifende Projekte. Diese Wohnformen stärken den sozialen Zusammenhalt, fördern gegenseitige Unterstützung und wirken Vereinsamung entgegen. Sie tragen dazu bei, stabile Quartiere mit einer ausgewogenen sozialen Durchmischung zu schaffen.

Boden ist nicht vermehrbar und muss verantwortungsvoll im Interesse der Allgemeinheit genutzt werden. Die Vergabe städtischer Grundstücke soll deshalb verstärkt über **Erbpacht** erfolgen. Dieses Instrument wirkt spekulativen Geschäften entgegen, reduziert die Erwerbskosten für Bauherren und sichert langfristig kommunalen Einfluss auf die Entwicklung der Flächen. Ergänzend soll ein **transparentes Punktesystem für die Vergabe städtischer Grundstücke** eingeführt werden.

Den Zuschlag erhalten Konzepte mit dem höchsten gesellschaftlichen Mehrwert. Bewertet werden unter anderem soziale Durchmischung, der Anteil an Sozial- und Mietwohnungen, unterschiedliche Wohnformen, architektonische Qualität, Mobilitätskonzepte, blau-grüne Infrastruktur sowie Freiraum- und Aufenthaltsqualität. Projekte mit hohem sozialem Mehrwert sollen gezielt bevorzugt werden.

Die Stadtbau GmbH ist ein zentraler Akteur auf dem Bamberger Wohnungsmarkt. Ihre Rolle als verlässlicher Anbieter von bezahlbarem Wohnraum muss weiter ausgebaut und gestärkt werden. Durch eine engere Zusammenarbeit mit den Stadtwerken sollen Synergieeffekte genutzt werden, etwa bei Energieversorgung, Sanierung und Quartiersentwicklung. Ziel ist es, den kommunalen Wohnungsbestand langfristig zu sichern und auszubauen und damit einen stabilisierenden Faktor auf einem angespannten Wohnungsmarkt zu schaffen.

Mobilität in Bamberg – mobil ohne Umwege und bezahlbar

Bildnachweis: Stadtwerke Bamberg

1.2.1 ÖPNV - Rückgrat der städtischen Mobilität

Mobilität entscheidet darüber, wie Menschen ihren Alltag organisieren können. Sie bestimmt, ob der Weg zur Arbeit verlässlich ist, ob Kinder pünktlich in der Kita ankommen, Einkäufe ohne großen Aufwand erledigt werden können und soziale sowie kulturelle Angebote erreichbar sind. Eine sozial gerechte Stadt braucht deshalb ein **Mobilitätskonzept,** das zuverlässig, bezahlbar und für alle Generationen nutzbar ist.

Bamberg steht dabei vor besonderen Herausforderungen. Die historische Stadtstruktur, begrenzte Flächen und wachsende Verkehrsströme erfordern durchdachte, pragmatische Lösungen. Für die SPD Bamberg ist klar: **Mobilitätspolitik darf nicht ideologisch geführt werden.** Verkehrsteilnehmer dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Ziel ist ein gesamtheitliches Verkehrskonzept, das alle Verkehrsarten berücksichtigt und im Alltag funktioniert.

Der öffentliche Personennahverkehr bildet das Rückgrat der städtischen Mobilität. Das bestehende Busnetz der Stadt Bamberg ist funktional und deckt den überwiegenden Mobilitätsbedarf der Bevölkerung ab. Gleichzeitig sehen wir deutliches Verbesserungspotenzial, um den ÖPNV noch attraktiver, schneller und verlässlicher zu gestalten. Das heutige Liniennetz ist stark auf das Stadtzentrum ausgerichtet. Nahezu alle Linien führen über den Zentralen Omnibusbahnhof, selbst dann, wenn Wege lediglich von einem Stadtteil in den nächsten zurückgelegt werden sollen. Diese Struktur verursacht unnötige Umwege, kostet Zeit und ist im Alltag unpraktisch.

Deshalb setzen wir uns für eine **Weiterentwicklung des bestehenden Sternsystems** ein. Neben den zentralen Linienverbindungen soll ein ergänzendes Kreuzungssystem aufgebaut werden, bei dem sich Linien auch in den Außenbereichen der Stadt kreuzen. So entstehen **direkte Querverbindungen** zwischen Stadtteilen, Wege werden verkürzt und das Zentrum wird entlastet. Der ÖPNV wird damit alltagstauglicher und konkurrenzfähiger.

Im Zuge dieser Weiterentwicklung müssen neue Linien geschaffen und bestehende Strukturen überprüft werden. Dabei ist auch die Rolle des Zentralen Omnibusbahnhofs neu zu bewerten. Es gilt zu prüfen, ob der bestehende Standort perspektivisch zu einem Regionalen Omnibusbahnhof ausgebaut oder durch alternative Lösungen ergänzt werden kann. Zusätzlich sollen mögliche Alternativflächen für einen **Regionalbusbahnhof** abseits des Bahnhofs systematisch evaluiert und – wenn sinnvoll – als Entlastung beschlossen werden.

Umsteigepunkte in den Stadtteilen sollen gezielt geschaffen, ausgebaut und transparent kommuniziert werden. Fahrgäste müssen jederzeit wissen, wo und wie sie unkompliziert in andere Linien oder Stadtteile umsteigen können. Dazu gehören **gut lesbare und aktuelle Fahrpläne** an den Haltestellen, verständliche Durchsagen in den Bussen und an zentralen Haltepunkten sowie zusätzliche Informationen in der Mobilitäts-App der Stadt Bamberg. Ein gut informierter Fahrgast ist Voraussetzung für einen funktionierenden ÖPNV.

1.2.2 Barrierefreiheit und Information

Barrierefreiheit ist Voraussetzung für gleichberechtigte Teilhabe. Der verstärkte Ausbau barrierefreier Bushaltestellen ist notwendig, um gesetzliche Verpflichtungen umzusetzen und allen Menschen die Nutzung des ÖPNV ohne Einschränkungen zu ermöglichen. Dazu gehören **angehobene Bordsteinkanten**, ausreichend **große und überdachte Warteflächen** sowie **barrierefreie, seniorenfreundliche Informationen** im öffentlichen Raum und in **digitalen Angeboten.** Maßstab ist dabei die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention.

1.2.3 Zukunftsprojekte im öffentlichen Verkehr

Zukunftsprojekte im öffentlichen Verkehr sollen sinnvoll und ergänzend eingesetzt werden. **Autonom fahrende Kleinbusse** können helfen, Lücken im bestehenden Angebot zu schließen. Das Projekt „Shuttle-Modellregion Oberfranken“ zeigt, dass solche Systeme über Jahre hinweg zuverlässig im Linienbetrieb eingesetzt werden können. Für Bamberg gilt dabei klar: Autonome Busse sind eine Ergänzung und kein Ersatz für Busfahrer. Insbesondere im Nachtverkehr besteht Handlungsbedarf. Nach Ende der Sperrzeit fehlt bislang eine durchgehende Nachtbuslinie, die alle sicher nach Hause bringt. Autonome Kleinbusse können hier gezielt Abhilfe schaffen.

1.2.4 Park-and-Ride und Jobticket

Kostenlose Park-and-Ride-Angebote sollen den innerstädtischen Verkehr entlasten. An geeigneten Standorten sollen Fahrzeuge kostenfrei abgestellt werden können, verbunden mit einem Kombi-Ticket für die Fahrt in die Innenstadt und zurück. Ergänzend sollen Anreize wie Ermäßigungen bei teilnehmenden Einzelhändlern geprüft werden. Das **Jobticket** soll gemeinsam mit den Stadtwerken Bamberg weiterentwickelt werden. Die **Taktung** der Buslinien muss stärker an tatsächliche Arbeitszeiten angepasst werden, auch an Wochenenden und bei Schichtarbeit, etwa in Kliniken oder Pflegeeinrichtungen, insbesondere am Michelsberg. Auch in kurzen Ferien sowie am Buß- und Bettag müssen Busverbindungen zuverlässig im durchgehenden Takt angeboten werden. Zusätzlich braucht es einen **kostenfreien ÖPNV** für alle Schülerinnen und Schüler, Auszubildende und Studierende.

1.2.5 Individualverkehr - pragmatisch und alltagstauglich

Der Individualverkehr bleibt für viele Menschen unverzichtbar. Handwerksbetriebe, Pflegekräfte, Familien und mobilitätseingeschränkte Personen sind auf das Auto angewiesen. Mobilitätspolitik muss diese Realität anerkennen. Kostenfreies Kurzzeitparken per **Brötchentaste** ermöglicht schnelle Erledigungen im Alltag, etwa beim Bäcker, Kiosk oder beim Bringen und Abholen von Angehörigen zu Arztterminen. Ergänzend setzen wir uns für eine **kostenlose erste Stunde in allen Parkhäusern** ein. Das schafft Anreize, Parkhäuser gezielt anzufahren, und reduziert den Parksuchverkehr in der Innenstadt. Ein funktionierendes Parkleitsystem soll Verkehrsströme sowie Besucher gezielt und effizient zu freien Parkflächen führen.

1.2.6 Infrastruktur und Baustellenmanagement

Große Infrastrukturprojekte, insbesondere im Bereich der Bahn, werden Bamberg in den kommenden Jahren stark belasten. Deshalb braucht es ein verträgliches Baustellenmanagement mit gut abgestimmter Organisation von Bauabläufen und Bauzeiten. Ziel ist es, Einschränkungen für die Bevölkerung so gering wie möglich zu halten und transparent zu kommunizieren.

Das Mobilitätskonzept der Stadtwerke Bamberg soll konsequent weiterentwickelt werden. Erfolgreiche Modelle müssen ausgewertet und – wo sinnvoll – auf weitere Stadtteile übertragen werden, um die Mobilität von morgen aktiv zu gestalten. Begrenzte Flächen sind verantwortungsvoll zu nutzen. Der Wegfall von Parkplätzen darf nur in Verbindung mit **Anwohnerparken und ausgewiesenen Lieferzonen für Gewerbetreibende** erfolgen und ausdrücklich nicht zulasten des Fußverkehrs. Farbe, egal ob regulär oder temporär, ersetzt keine Infrastruktur. Sicherheit entsteht nur durch bauliche Maßnahmen und klare Abtrennungen, wobei Sichtachsen an Kreuzungen zwingend berücksichtigt werden müssen.

1.2.7 Radverkehr - sicher und integriert

Der **Radverkehr** ist ein wichtiger Bestandteil der städtischen **Mobilität** und soll weiter gefördert werden, ohne andere Verkehrsarten zu verdrängen. Ziel ist ein gesamtheitliches Verkehrskonzept, das alle Verkehrsteilnehmer berücksichtigt und Fachleute ebenso wie Bürgervereine systematisch in Planungsprozesse einbindet. **Radverkehrsförderung** bedeutet dabei nicht nur Neubau, sondern vor allem Verlässlichkeit, Sicherheit und Alltagstauglichkeit.

An straßenbegleitenden **Radwegen** müssen **Grünphasen** und Ampelschaltungen so angepasst werden, dass der Radverkehr gleichberechtigt geführt wird. Wo Radwege benutzungspflichtig sind, hat der Radverkehr die gleiche **Vorfahrtsberechtigung** wie der Autoverkehr. Gefahren- und Konfliktpunkte, insbesondere an Kreuzungen, sollen systematisch identifiziert werden. Grundlage sind die Auswertung der Unfallstatistik sowie Rückmeldungen aus der Bevölkerung. Besonders kritische Stellen werden priorisiert und schrittweise umgebaut.

Ein niederschwelliges **Meldesystem** ermöglicht es der **Bevölkerung**, gefährliche oder konfliktträchtige Infrastrukturpunkte unkompliziert zu melden. Diese Hinweise fließen direkt in die Planung und Priorisierung ein. Der weitere Ausbau grüner Abbiegepfeile für den Radverkehr an geeigneten Kreuzungen soll gezielt vorangetrieben werden. Einbahnstraßen sollen dort, wo es verkehrlich sinnvoll und sicher ist, weiter für den Radverkehr geöffnet werden.

Bestehende Radwege müssen besser gepflegt werden. Regelmäßige Kontrollen und Instandhaltung sind notwendig, damit Wege **ganzjährig** sicher nutzbar bleiben. Im Sommer dürfen Radwege nicht zuwachsen und müssen deutlich häufiger freigeschnitten werden als nur zu einzelnen Aktionen. Im Winter dürfen Radwege nicht als Ablagefläche für Schnee dienen, sondern müssen im **Winterdienst** gleichberechtigt berücksichtigt werden.

Der **Lückenschluss** im Radwegenetz muss konsequent vorangetrieben werden. Radwege dürfen nicht abrupt enden und Radfahrende plötzlich ungeschützt in den fließenden Verkehr entlassen. An besonders problematischen Stellen, etwa dort, wo **Schutzstreifen** zu schmal sind oder unvermittelt enden, müssen sichere Lösungen gefunden werden. Wo bauliche Radwege oder Schutzstreifen nicht möglich sind, braucht es klare verkehrsrechtliche Regelungen wie durchgezogene Fahrstreifenbegrenzungen und Überholverbote für einspurige Fahrzeuge, insbesondere dort, wo ein sicheres Überholen aufgrund von Straßenführung oder Sichtverhältnissen nicht möglich ist.

Einbahnstraßen sollen dort, wo es verkehrlich sinnvoll und sicher ist, weiter für den Radverkehr geöffnet werden. Der weitere Ausbau **grüner Abbiegepfeile** für den Radverkehr an geeigneten Kreuzungen soll gezielt vorangetrieben werden, um Sicherheit und Flüssigkeit des Verkehrs zu verbessern.

Auch im Baustellenmanagement muss der Radverkehr konsequent mitgedacht werden. **„Bitte absteigen“** ist keine Lösung. Temporäre Radwegführungen müssen sicher, klar beschildert und alltagstauglich sein. Schilder, die den Autoverkehr betreffen, dürfen nicht auf Radwegen platziert werden. Ziel ist eine sichere und verlässliche Führung für alle Verkehrsteilnehmer – auch während Bauphasen.

Ein wichtiger Beitrag zur Sicherheit ist zudem die Sensibilisierung aller **Verkehrsteilnehmer.** Auch im öffentlichen Verkehr gilt: Zeitdruck oder enge Taktungen rechtfertigen keine Gefährdung schwächerer Verkehrsteilnehmer. Schulungen und klare Leitlinien sollen dazu beitragen, gegenseitigen Respekt und Rücksicht im Straßenverkehr zu stärken.

Um **Verkehrsströme** besser zu verstehen und Maßnahmen gezielter planen zu können, soll der tatsächliche Verkehrsfluss systematischer erfasst und ausgewertet werden. Kooperationen mit wissenschaftlichen Partnern, etwa über bestehende Projekte oder gemeinsam mit der **Universität** Bamberg, können helfen, belastbare Daten zu gewinnen. So wird sichtbar, wo Infrastruktur fehlt, wo Pflege und Winterdienst besonders wichtig sind und wo **Sicherheitsmaßnahmen** priorisiert werden müssen.

Zur Sicherheit gehört auch eine gute **Beleuchtung.** Entlang wichtiger Alltagsrouten, insbesondere am Kanal, soll eine **durchgehende** und **angemessene Beleuchtung** geschaffen werden, damit Radfahren auch in den Abend- und frühen Morgenstunden sicher möglich ist.

Stadt der Bildung, Stadt der Zukunft

1.3 Stadt der Bildung, Stadt der Zukunft

Bildung ist der Schlüssel für Integration, Chancengleichheit und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Sie entscheidet darüber, welche Perspektiven Kinder und Jugendliche haben, wie gut Menschen ihre Talente entfalten können und wie zukunftsfähig unsere Stadt insgesamt ist. Bamberg verfügt über eine vielfältige Bildungslandschaft mit engagierten Einrichtungen, Fachkräften und Initiativen. Gleichzeitig stehen Kitas und Schulen vor wachsenden Herausforderungen: Fachkräftemangel, steigende Anforderungen, soziale Ungleichheiten und eine zunehmend heterogene Stadtgesellschaft. Diese Herausforderungen können nur gemeinsam bewältigt werden.

Für die SPD Bamberg ist klar: **Bildungspolitik** beginnt früh und endet nicht mit dem Schulabschluss. Sie braucht verlässliche Strukturen, gute Arbeitsbedingungen für Beschäftigte und eine enge Zusammenarbeit zwischen Einrichtungen, Verwaltung, Politik und Zivilgesellschaft. Vielfalt begreifen wir dabei als Ressource, nicht als Problem.

1.3.1 Frühkindliche Bildung stärken

Gute **frühkindliche Bildung** legt den Grundstein für Bildungserfolg, Integration und soziale Teilhabe. Deshalb setzen wir uns für den bedarfsgerechten **Ausbau von Krippen- und Kitaplätzen** ein. Krippenangebote sind ein zentraler Baustein für echte Chancengleichheit, insbesondere für Kinder aus sozial benachteiligten Familien. Gleichzeitig ermöglichen **verlässliche Betreuungsangebote** Eltern die Ausübung von Erwerbsarbeit. Angesichts des Fach- und Arbeitskräftemangels ist dies ein wichtiger Beitrag zur wirtschaftlichen Stabilität von Familien und zur Zukunftsfähigkeit unserer Stadt.

Daher braucht ein familiengerechtes Bamberg verlässliche **Betreuungsangebote,** wohnortnahe Unterstützung und Räume für Begegnung. Deshalb setzen wir uns für ein stärkeres Engagement der Stadt in der Trägerlandschaft der Kinderbetreuung ein. Die Stadt Bamberg muss selbst Verantwortung übernehmen und aktiv an der Organisation und Koordination der Kinderbetreuung beteiligt sein. Ein eigenes städtisches Kita-Angebot stärkt die Steuerungsfähigkeit, verbessert die Abstimmung zwischen Trägern und schafft langfristig mehr Verlässlichkeit für Familien.

1.3.2 Stärkere Vernetzung und Koordination

Um die Qualität der frühkindlichen Bildung nachhaltig zu sichern, braucht es stabile Strukturen und eine bessere Koordination. Wir setzen uns für die Einrichtung eines regelmäßigen Leitungskreises mit Kita-Leitungen, Verwaltung und Politik ein. Ziel ist ein direkter, kontinuierlicher und lösungsorientierter Austausch, um Herausforderungen frühzeitig zu erkennen und gemeinsam anzugehen. Ergänzend soll das städtische Bildungsbüro als zentrale Anlaufstelle weiter gestärkt werden. Es soll Projekte und Initiativen bündeln, bedarfsorientierte schulische Unterstützung koordinieren und insbesondere neu zugewanderte sowie benachteiligte Kinder und Jugendliche begleiten, etwa durch **Deutschklassen, Übergangsangebote, Bildungsberatung und Integrationslotsen.**

1.3.3 Schulen als Lern- und Lebensorte

Schulen verstehen wir nicht nur als Lernorte, sondern als Lebensorte. Der weitere Ausbau der **offenen Ganztagsschule** an Grund- und Mittelschulen ist für uns ein zentraler Baustein, um **Bildungsgerechtigkeit** zu stärken und Familien zu entlasten. Ergänzend sollen **Sport-, Kultur- und Bewegungsangebote am Nachmittag** ausgebaut werden. Schulen und Kitas sollen dabei stärker mit Vereinen, Initiativen und Trägern der Jugendarbeit zusammenarbeiten, um vielfältige Angebote niedrigschwellig zugänglich zu machen.

1.3.4 Vielfalt als Ressource begreifen

Vielfalt in Schulen und Kitas ist Realität und Stärke zugleich. Wir setzen uns dafür ein, dass Bildungseinrichtungen ein ausgewogenes Verhältnis von Kindern mit und ohne Migrationsgeschichte anstreben. Schulverbünde können dabei helfen, soziale Schieflagen auszugleichen und Durchmischung zu fördern. Mehrsprachigkeit ist eine Ressource, die gezielt gestärkt werden soll. Mehrsprachige Angebote und Projekte in Kitas, Grundschulen und weiterführenden Schulen fördern Sprachkompetenz, Identität und gegenseitiges Verständnis.

1.3.5 Demokratiebildung und gesellschaftliche Verantwortung

Bildung bedeutet auch **demokratische Bildung.** Demokratie muss erlebt werden, nicht nur im Unterricht vermittelt. Wir setzen uns für eine Stärkung der Demokratiebildung an allen weiterführenden Schulen ein. Schülerinnen und Schüler, Eltern, Jugendverbände, Vereine und zivilgesellschaftliche Akteure sollen durch Workshops, Projekte und Beteiligungsformate aktiv eingebunden werden. **Interreligiöse und multikulturelle Begegnungsinitiativen** in Schulen fördern Toleranz, Respekt und Verständigung und stärken den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Schul- und Jugendsozialarbeit ist ein unverzichtbarer Bestandteil eines gerechten Bildungssystems. Wir setzen uns für einen weiteren Ausbau der Schul- und Jugendsozialarbeit ein, mit einem klaren Schwerpunkt auf **Diversität, Sprachförderung und Antidiskriminierung.** Dazu gehören zusätzliche Fachkräfte mit entsprechender Qualifikation, mehrsprachige Elternarbeit, interkulturelle Gruppenangebote sowie mobile Jugendsozialarbeit insbesondere in sozial benachteiligten Quartieren.

1.3.6 Schul- und Jugendsozialarbeit ausbauen

Um Bildungsangebote besser zu vernetzen und flexibel zu gestalten, setzen wir uns für die Einführung eines Ressourcenpools für Kultur, Sport und Sprachförderung ein, nach dem Vorbild bestehender Modelle wie der kommunalen Koordinierungsstelle für kulturelle Bildung. Ziel ist es, Schulen und Kitas unkompliziert Zugang zu externen Angeboten, Fachkräften und Projekten zu ermöglichen und bestehende Initiativen besser zu verzahnen.

Familien unterstützen. Generationen verbinden. Teilhabe ermöglichen.

1.4 Familien unterstützen. Generationen verbinden.Teilhabe ermöglichen.

Familien sind das Rückgrat unserer Stadtgesellschaft. Familien zu stärken heißt, Kindern faire Chancen zu geben, Eltern zu entlasten und ältere Menschen einzubinden. Eine **generationengerechte Stadt** lebt vom Miteinander von Jung und Alt, von gegenseitiger Unterstützung und von verlässlichen sozialen Strukturen. Für die SPD Bamberg ist klar: **Familienpolitik** ist Querschnittspolitik. Sie entscheidet über Bildungschancen, soziale Gerechtigkeit, Lebensqualität und den Zusammenhalt in unseren Stadtteilen.

Neben dem Ausbau der regulären Kinderbetreuung kommt der **Ferienbetreuung** eine immer größere Bedeutung zu. Viele Familien stehen vor der Herausforderung, Betreuung und Beruf miteinander zu vereinbaren, insbesondere während der Schulferien. Das bestehende Ferienbetreuungsangebot soll deshalb unter städtischer Koordination deutlich ausgebaut werden. Dabei sollen Bamberger Sportvereine, Initiativen und Träger aktiv eingebunden werden. Die Anmeldung muss über ein leicht zu bedienendes, flexibles und barrierefreies Buchungssystem auf der städtischen Webseite möglich sein, damit alle Familien unkompliziert Zugang erhalten.

Eine generationengerechte Stadt denkt Wohnen, Freizeit und soziale Infrastruktur gemeinsam. Wir setzen uns für die aktive Förderung von **Mehrgenerationenwohnen** ein, insbesondere in Zusammenarbeit mit der städtischen Wohnungsbaugesellschaft und durch die Unterstützung entsprechender Wohnprojekte für Seniorinnen und Senioren, Familien und Studierende. Solche Wohnformen fördern gegenseitige Hilfe, beugen Vereinsamung vor und stärken den sozialen Zusammenhalt in den Quartieren.

Öffentliche Räume spielen eine zentrale Rolle für Begegnung und Teilhabe. **Mehrgenerationenspielplätze und barrierefreie Begegnungsräume** sollen in allen Stadtteilen weiterentwickelt werden. Dazu gehören Angebote wie Bocciabahnen, große Schachfelder oder offene Bewegungsflächen ebenso wie ein Pilotprojekt „Spielplatz für alle“, das alters- und behindertengerechten Zugang konsequent mitdenkt. Öffentlicher Raum muss so gestaltet sein, dass er von Kindern, Eltern und älteren Menschen gleichermaßen genutzt werden kann.

Quartiere brauchen verlässliche Anlaufstellen. Die Quartiersarbeit soll deshalb gestärkt und weiterentwickelt werden. **Stadtteilbüros** sollen zu sozialen Ankerpunkten ausgebaut werden, mit festen Ansprechpersonen, Beratungsangeboten und Räumen für Begegnung. Gerade in Zeiten gesellschaftlicher Veränderungen sind solche niedrigschwelligen Angebote entscheidend, um Nähe, Vertrauen und Zusammenhalt zu fördern.

Barrierefreiheit ist ein zentrales Anliegen für alle Generationen. Wir setzen uns für eine stärkere Förderung der Barrierefreiheit in kulturellen, sozialen und Freizeitangeboten in der Stadt Bamberg ein. **Teilhabe** darf nicht an baulichen, organisatorischen oder finanziellen Hürden scheitern. Ergänzend soll die Beleuchtung von Fahrradwegen und Spielplätzen verbessert werden, insbesondere durch den Einsatz von Bewegungsmeldern. Das erhöht Sicherheit, schont Ressourcen und verbessert die Nutzbarkeit öffentlicher Räume für Familien und Kinder.

Ein weiterer wichtiger Schritt zu mehr sozialer Gerechtigkeit ist die **Bereitstellung kostenloser Periodenprodukte.** Wir setzen uns dafür ein, dass diese auf Toiletten in allen weiterführenden städtischen Schulen sowie in allen öffentlichen Gebäuden zur Verfügung gestellt werden. Dieses Angebot entlastet Familien, baut Tabus ab und ist ein Zeichen für eine moderne, sensible Sozialpolitik.

Familienpolitik endet nicht an der Haustür. Sie braucht eine Stadt, die mitdenkt, unterstützt und verbindet. Unser Ziel ist ein Bamberg, in dem Familien sich auf verlässliche Strukturen verlassen können, Generationen miteinander statt nebeneinander leben und Teilhabe für alle möglich ist – unabhängig von Alter, Einkommen oder Lebenssituation.

Jugend in Bamberg Räume, Rechte und Rückhalt

1.5 Jugend in Bamberg - Räume, Rechte und Rückhalt

Jugendliche brauchen Freiräume, Anerkennung und echte Mitbestimmung. Wer junge Menschen ernst nimmt, stärkt Demokratie, Zusammenhalt und Zukunftsfähigkeit unserer Stadt. Für die SPD Bamberg ist klar: **Jugendpolitik** darf sich nicht auf Angebote am Rand beschränken. Sie muss Jugendlichen Räume geben, ihnen zuhören und ihnen echte Einflussmöglichkeiten eröffnen. Bamberg soll eine Stadt sein, in der junge Menschen bleiben wollen, sich einbringen können und Perspektiven finden.

Demokratische Beteiligung beginnt früh. Deshalb setzen wir uns für die Einrichtung eines **Jugendparlaments** mit Antragsrecht im Stadtrat ein. Jugendliche sollen nicht nur gehört werden, sondern wirksam an politischen Entscheidungen beteiligt sein. Ihre Anliegen, Ideen und Vorschläge müssen verbindlich in politische Prozesse einfließen. Ergänzend sollen digitale **Beteiligungsformate** aufgebaut werden. Eine Online-Plattform mit Umfragen und Beteiligungsmöglichkeiten ermöglicht es Jugendlichen, sich niedrigschwellig und zeitgemäß einzubringen und ihre Sichtweisen sichtbar zu machen.

Jugend braucht Räume, die unabhängig von Konsum funktionieren. In allen Stadtteilen sollen **kosten- und konsumfreie Jugendfreizeiträume** ausgebaut werden. Dazu gehören Musikproberäume, offene Werkstätten, Medien- und Kreativräume sowie kulturelle Angebote, die Jugendlichen Platz zur Entfaltung geben. Diese Räume sollen mit WLAN ausgestattet sein und möglichst miteinander vernetzt werden, etwa im Rahmen der Smart-City-Strategie. Ziel ist es, **attraktive Aufenthalts- und Begegnungsorte** zu schaffen, die Jugendlichen im Alltag offenstehen.

Besondere Aufmerksamkeit braucht der Schutz und die Unterstützung junger Menschen in unterschiedlichen Lebenslagen. Wir setzen uns für den **Aufbau einer städtischen Anlaufstelle für queere Jugendliche** ein. Diese soll Schutz, Beratung, Empowerment und Freizeitangebote bieten und einen sicheren Raum schaffen, in dem junge Menschen Unterstützung finden und sich frei entfalten können.

Jugendliche wollen gestalten und Verantwortung übernehmen. Damit gute Ideen nicht an bürokratischen Hürden scheitern, soll ein Jugendfonds eingerichtet werden. Über diesen Fonds können kulturelle, soziale und gesellschaftliche Projekte von Jugendlichen unbürokratisch gefördert werden. Ziel ist es, Eigeninitiative zu stärken und Engagement sichtbar zu machen.

Mobilität ist eine zentrale Voraussetzung für Teilhabe. Schule, Ausbildung, Freizeitangebote und soziale Kontakte müssen erreichbar sein, unabhängig vom Einkommen der Eltern. Deshalb setzen wir uns für die Einführung eines preiswerten und bezahlbaren **Jugendtickets** im öffentlichen Personennahverkehr ein. Ein solches Ticket erleichtert Jugendlichen die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben und stärkt ihre Selbstständigkeit.

Jugendpolitik braucht Verlässlichkeit, Offenheit und Respekt. Unser Ziel ist ein Bamberg, in dem junge Menschen Räume haben, Rechte wahrnehmen können und Rückhalt erfahren – in der Stadtgesellschaft, in der Politik und im Alltag.

Kultur für alle – barrierefrei & bezahlbar

1.6 Kultur für alle - barrierefrei & bezahlbar

Kultur ist ein zentraler Bestandteil des gesellschaftlichen Lebens und prägt die Identität unserer Stadt. Sie schafft Begegnung, ermöglicht Teilhabe und fördert den Austausch zwischen Generationen und Kulturen. Für die SPD Bamberg ist klar: **Kultur ist kein Luxus, sondern eine öffentliche Aufgabe.** Eine lebendige Stadt braucht eine vielfältige Kulturlandschaft, die offen, zugänglich und bezahlbar ist.

Kulturelle Teilhabe darf nicht an Barrieren scheitern. Deshalb setzen wir uns dafür ein, Barrierefreiheit in der Kultur konsequent weiter auszubauen. Das betrifft bauliche Zugänge ebenso wie verständliche Informationen, inklusive Formate und angemessene Rahmenbedingungen für Menschen mit Behinderungen. Barrierefreiheit soll bei allen städtisch geförderten Kulturangeboten zum Standard werden, damit alle Menschen am kulturellen Leben teilnehmen können.

Kultur muss für alle bezahlbar sein. Wir wollen die bestehenden Instrumente der sozialen Teilhabe stärken und weiterentwickeln. Die **Sozialkarte** und der **Kulturpass** sollen gezielt ausgebaut werden, um Menschen mit geringem Einkommen den Zugang zu kulturellen Angeboten zu erleichtern. Ziel ist es, Hemmschwellen abzubauen und kulturelle Teilhabe unabhängig von der finanziellen Situation zu ermöglichen.

Eine vielfältige Stadt braucht **Räume für kulturelle Begegnung.** Wir setzen uns für die Einrichtung eines Hauses der Kulturen ein. Dieses soll Raum bieten für interkulturelle Gruppen, Initiativen, Vereine und kreative Projekte. Das Haus der Kulturen soll ein Ort der Begegnung, des Austauschs und der gegenseitigen Verständigung sein und die kulturelle Vielfalt unserer Stadt sichtbar machen und stärken.

Kultur findet nicht nur in der Innenstadt statt. **Stadtteilkultur** und kulturelle Quartiere sind wichtige Orte des sozialen Lebens. Deshalb wollen wir kulturelle Angebote in den Stadtteilen gezielt stärken. Quartiersbezogene Kulturprojekte, offene Bühnen, Ausstellungen und niedrigschwellige Veranstaltungen sollen gefördert werden, um Kultur wohnortnah erlebbar zu machen und den sozialen Zusammenhalt in den Quartieren zu stärken.

Die **freie Kulturszene** ist ein unverzichtbarer Bestandteil der Bamberger Kulturlandschaft. Künstlerische Initiativen, Vereine und freie Kulturschaffende brauchen verlässliche Rahmenbedingungen und Räume, um arbeiten und wirken zu können. Wir setzen uns für den Erhalt und die Schaffung geeigneter Räume für Kunst, Kultur und Kreativität ein, insbesondere auch in neuen Quartieren und bei der Umnutzung bestehender Gebäude. **Kulturförderung** soll transparent, verlässlich und planbar gestaltet werden.

Kulturelle Bildung ist ein wichtiger Bestandteil einer ganzheitlichen Bildungspolitik. Der Zugang zu Kunst, Musik, Theater und kreativen Ausdrucksformen stärkt Persönlichkeit, Selbstvertrauen und soziale Kompetenzen. Deshalb wollen wir die Verzahnung von Kultur, Bildung und Jugendarbeit weiter ausbauen und kulturelle Bildungsangebote für Kinder und Jugendliche stärken.

Unser Ziel ist ein Bamberg, in dem **Kultur für alle Menschen** zugänglich ist, Vielfalt sichtbar wird und kreative Ideen Raum finden. Eine lebendige Kulturlandschaft stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt, fördert Offenheit und macht unsere Stadt lebenswerter.

Integration leben, Teilhabe ermöglichen

1.7 Integration leben – Teilhabe ermöglichen

Bamberg ist eine **vielfältige Stadt.** Menschen mit unterschiedlichen Lebensgeschichten, Herkunftsländern, Sprachen und Kulturen leben hier gemeinsam. Diese Vielfalt ist eine Stärke, wenn Teilhabe gelingt und alle die Möglichkeit haben, sich einzubringen. Für die SPD Bamberg ist klar: **Integration** ist keine Einbahnstraße, sondern eine gemeinsame Aufgabe von Stadtgesellschaft, Politik und Verwaltung. Ziel ist eine offene Stadt, in der Zugehörigkeit gelebt wird und Ausgrenzung keinen Platz hat.

Erfolgreiche Integrationspolitik braucht klare Strukturen und verlässliche Zuständigkeiten. Deshalb setzen wir uns für eine **zentrale Koordinierungsstelle für Integration und Vielfalt** ein. Diese Stelle soll Integrationsangebote bündeln, Akteure vernetzen, Projekte koordinieren und als Anlaufstelle für Vereine, Initiativen und Verwaltung dienen. Eine gute Koordination verhindert Doppelstrukturen, stärkt bestehende Angebote und sorgt dafür, dass Unterstützung dort ankommt, wo sie gebraucht wird.

Diskriminierung und Rassismus gefährden den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wir setzen uns für die Entwicklung und **Umsetzung eines städtischen Aktionsplans gegen Rassismus und Diskriminierung** ein. Dieser soll präventive Maßnahmen, Bildungsangebote, Sensibilisierung in Verwaltung und Öffentlichkeit sowie klare Handlungsstrategien bei Diskriminierung umfassen. Ziel ist es, ein **respektvolles Miteinander** zu fördern und Betroffene wirksam zu unterstützen.

Integration bedeutet auch **Mitbestimmung.** Menschen mit Migrationsgeschichte müssen stärker in Entscheidungsprozesse eingebunden werden. Wir wollen ihre **Repräsentation in Beiräten, Gremien** und Beteiligungsformaten ausbauen und stärken. Wer dauerhaft in Bamberg lebt, soll die Möglichkeit haben, die Stadt aktiv mitzugestalten und Verantwortung zu übernehmen.

Wohnen ist ein zentraler Faktor gelingender Integration. **Dezentrale und menschenwürdige Unterbringung für Geflüchtete** bleibt für uns Grundsatz. Große Sammelunterkünfte lehnen wir ab. Stattdessen setzen wir auf kleinere, gut in die Stadtteile integrierte Wohnformen, die soziale Kontakte ermöglichen und Integration im Alltag fördern.

Mit der **Übernahme des AEO-Geländes** eröffnet sich die Chance, Integration und Stadtentwicklung sinnvoll zu verbinden. Das Gelände soll genutzt werden, um bezahlbaren Wohnraum zu schaffen und gleichzeitig soziale Infrastruktur, Bildungsangebote und Begegnungsräume zu integrieren. Ziel ist ein Quartier, das Teilhabe ermöglicht und Integration von Anfang an mitdenkt.

Integration gelingt vor Ort. Deshalb wollen wir **dezentrale Beratungs- und Unterstützungsangebote** in den Stadtteilen stärken. Niedrigschwellige Angebote, Sprachförderung, Bildungsberatung und Begegnungsformate helfen dabei, Barrieren abzubauen und den Zugang zu bestehenden Strukturen zu erleichtern.

Unser Ziel ist ein Bamberg, in dem **Vielfalt als Bereicherung** verstanden wird, in dem alle Menschen unabhängig von Herkunft oder Lebensgeschichte faire Chancen haben und in dem Integration aktiv gestaltet wird. **Teilhabe ist der Schlüssel für Zusammenhalt** und eine starke Stadtgesellschaft.

Wirtschafts-standort Bamberg

Bildnachweis: Bosch Gruppe Medien-ID #8c99ed04

2. Wirtschaftsstandort Bamberg

Erhalt sichern – Wandel gestalten – Zukunft aufbauen

Bamberg ist ein leistungsfähiger Wirtschaftsstandort mit einer starken industriellen Basis, einem breiten Mittelstand, einem lebendigen Handwerk sowie einer vielfältigen Dienstleistungs- und Kreativwirtschaft. Diese wirtschaftliche Stärke ist nicht selbstverständlich. Sie ist das Ergebnis von unternehmerischem Mut, guter Ausbildung, verlässlicher Arbeit, klugen Investitionen und einer Stadtgesellschaft, die Verantwortung übernimmt. Für die SPD Bamberg ist klar: Eine starke Wirtschaft ist kein Selbstzweck. Sie ist die Grundlage für soziale Sicherheit, gute Arbeit, kulturelles Leben und Lebensqualität. Wirtschaftspolitik ist deshalb immer auch Stadtpolitik – im Interesse der Menschen, die hier leben und arbeiten.

Gleichzeitig steht Bamberg vor tiefgreifenden Umbrüchen. Die Region ist überdurchschnittlich stark von der Automobilzulieferindustrie geprägt. Technologischer Wandel, internationale Transformationsprozesse, geopolitische Unsicherheiten und der demografische Wandel wirken sich unmittelbar auf Betriebe, Beschäftigte und Ausbildungsplätze aus. Diese Entwicklungen betreffen ganz konkret Arbeitsplätze, Einkommen und Zukunftsperspektiven in unserer Stadt. Wer wirtschaftliche Transformation nur beobachtet, verliert Gestaltungsmöglichkeiten. Wer sie aktiv begleitet, kann Chancen schaffen und Risiken begrenzen.

Für die SPD Bamberg ist klar: Wirtschaftspolitik darf sich nicht auf Verwaltungshandeln beschränken. Sie muss aktiv gestalten, Verantwortung übernehmen und verlässliche Rahmenbedingungen schaffen. Die Sicherung bestehender Unternehmen und Arbeitsplätze hat dabei oberste Priorität. Gleichzeitig braucht es eine klare Strategie, um neue Perspektiven zu eröffnen, Innovation zu stärken, Flächen klug zu entwickeln und Bamberg als Standort langfristig wettbewerbsfähig zu halten.

Bildnachweis: Bosch Gruppe Medien-ID #b9ac08af

2.1 Wirtschaft zur Chefsache machen

Eine aktive Wirtschaftspolitik braucht klare Verantwortung und politische Führung. Wir setzen uns dafür ein, die **wirtschaftliche Entwicklung zur Chefsache** im Rathaus zu machen. Wirtschaft darf nicht nebenbei verwaltet werden, sondern muss strategisch gesteuert, koordiniert und aktiv begleitet werden. Dazu gehört vor allem: **kurze Entscheidungswege, klare Zuständigkeiten und eine Verwaltung, die lösungsorientiert arbeitet.**

Die **Wirtschaftsförderung** soll organisatorisch direkt dem Oberbürgermeister zugeordnet werden. Für Betriebe bedeutet das feste Ansprechpartner, schnelle Rückmeldungen und ein klares Signal: Die Stadt will ermöglichen, nicht verzögern. Bestehende Unternehmen stehen dabei genauso im Fokus wie Neuansiedlungen und Investitionen. Gerade in Zeiten des Wandels ist es entscheidend, dass die Stadt nicht nur reagiert, sondern vorausschauend handelt, Chancen erkennt und Netzwerke aktiv zusammenführt.

Damit wirtschaftliche Entwicklung nicht von Einzelentscheidungen abhängt, sondern langfristig strategisch begleitet wird, richten wir einen **Wirtschaftsbeirat** ein. In diesem Gremium sollen Vertreter aus Politik, Betriebsräten und Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden, Handwerk und der Universität Bamberg gemeinsam über wirtschaftliche Zukunftsfragen beraten. Der Wirtschaftsbeirat erhält ein eigenes Antragsrecht im Stadtrat und wird verbindlich eingebunden. Das schafft Transparenz, stärkt die Zusammenarbeit zwischen Stadt und Wirtschaft und sorgt dafür, dass Entscheidungen die Realität der Betriebe und Beschäftigten berücksichtigen.

Ergänzend etablieren wir einen **Runden Tisch Mittelstand.** Ziel ist es, Herausforderungen frühzeitig zu erkennen, bürokratische Hürden abzubauen und gemeinsam tragfähige Lösungen zu entwickeln. Eine zentrale Kontaktstelle mit festen Ansprechpartnern sowie ein digitales Portal sollen den Austausch zwischen Verwaltung, Betrieben und Bürgerschaft vereinfachen. Wirtschaftspolitik muss erreichbar sein – nicht nur in Strategiepapieren, sondern im Alltag.

2.2 Gewerbeflächen sichern und Entwicklung ermöglichen

Bamberg ist historisch gewachsen und flächenbegrenzt. Viele Betriebe stoßen räumlich an Grenzen, Erweiterungen sind oft schwierig, und gleichzeitig ist der Druck auf Flächen hoch. Genau deshalb braucht es eine aktive, vorausschauende Flächenpolitik. Wirtschaftliche Entwicklung darf nicht zulasten wertvoller landwirtschaftlicher Flächen gehen. Neue Gewerbeflächen sollen daher vorrangig auf bereits versiegelten oder industriell vorgeprägten Arealen entstehen. Wir wollen Flächen intelligent reaktivieren, aufwerten und besser nutzen – statt immer neue Flächen zu verbrauchen.

Besondere Potenziale sehen wir auf dem **Metaluk-Gelände** sowie auf geeigneten Flächen im **Bereich der B 26.** Entscheidend ist, dass die Stadt hier nicht abwartet, sondern aktiv gestaltet: mit klaren Konzepten, verlässlichen Erschließungsplanungen, guter Verkehrsanbindung und der Bereitschaft, schnelle Lösungen zu ermöglichen. Betriebe brauchen **Planungssicherheit.** Wer investieren soll, braucht Klarheit über Verfahren, Zeitpläne und Voraussetzungen.

Die Vergabe städtischer Flächen soll verstärkt über **Erbpachtmodelle** erfolgen. Diese erleichtern Investitionen, weil hohe Kaufpreise entfallen, und sichern gleichzeitig langfristig kommunales Eigentum. Erbpacht ist ein Instrument gegen Spekulation und für verantwortungsvolle Standortpolitik. Die Stadt behält Einfluss auf die Entwicklung, während Betriebe verlässlich planen können.

2.3 Handwerk stärken – Rückgrat der Bamberger Wirtschaft

Das Handwerk ist das Rückgrat unserer lokalen Wirtschaft. Es bildet aus, sichert regionale Wertschöpfung, erhält Versorgung und Qualität und sorgt für Beschäftigung vor Ort. Handwerkliche Betriebe brauchen aber nicht nur Anerkennung, sondern konkrete Rahmenbedingungen, die ihren Alltag erleichtern.

Ein zentraler Baustein ist die Entwicklung des Schlachthof-Geländes zu einem innovativen Handwerkerhof mit Markthalle. Ziel ist ein Ort, an dem Produktion, Ausbildung, Austausch und Vermarktung zusammenkommen. Ein solcher Handwerkerhof kann Handwerksbetrieben moderne Flächen bieten, Synergien schaffen, junge Menschen für Ausbildung begeistern und regionale Produkte sichtbarer machen. Er kann außerdem ein Leuchtturmprojekt für eine Stadt sein, die Wertschöpfung vor Ort ernst nimmt.

Daneben braucht das Handwerk praktikable Lösungen im täglichen Betrieb. Dazu gehören ausgewiesene **Park- und Ladezonen** sowie **Haltezonen** in fußläufiger Entfernung, damit Be- und Entladevorgänge funktionieren, ohne Konflikte im Straßenraum zu erzeugen. Eine Stadt, die das Handwerk stärken will, muss das im Verkehrskonzept, in der Innenstadtplanung und in der Ordnungspolitik konsequent mitdenken.

2.3 Innenstadt als Wirtschafts- und Lebensraum stärken

Die Innenstadt ist nicht nur ein touristisches Ziel, sondern ein zentraler **Wirtschafts- und Lebensraum.** Handel, Dienstleistungen, Gastronomie und Kultur sichern Arbeitsplätze, schaffen Identität und machen Bamberg lebendig. Gleichzeitig steht die Innenstadt unter Druck: verändertes Einkaufsverhalten, Onlinehandel, steigende Kosten und Nutzungskonflikte im öffentlichen Raum.

Wir setzen auf eine Innenstadtpolitik, die Erreichbarkeit, Aufenthaltsqualität und wirtschaftliche Stärke zusammen denkt. Kostenlose Park-and-Ride-Angebote am Heinrichsdamm und in der Kronacher Straße sollen den Autoverkehr lenken und den Parksuchverkehr reduzieren. Wer die Innenstadt erreichen will, muss eine verlässliche, einfache Alternative bekommen. Dazu gehört eine bessere Verzahnung der ÖPNV-Angebote zwischen Stadt und Umland, damit auch Pendler und Besucher unkompliziert in die Stadt kommen.

Die nördliche Promenade soll weiterentwickelt werden, indem Stellplätze und Aufenthaltsflächen sinnvoll neu verteilt werden. Das Ziel ist ein funktionierender Ausgleich zwischen Erreichbarkeit und Aufenthaltsqualität. Ergänzend soll die Brötchentaste kurze Erledigungen erleichtern und den lokalen Einzelhandel stärken. Wer schnell zum Bäcker, in die Apotheke oder zum Kiosk möchte, darf nicht durch unnötige Hürden abgeschreckt werden.

2.5 Gastronomie und Tourismus als wirtschaftlicher Motor

Bamberg ist ein bedeutender **Tourismusstandort.** Gastronomie und Tourismus sichern Arbeitsplätze, beleben die Innenstadt und tragen zur Attraktivität unserer Stadt bei. Gleichzeitig brauchen Betriebe verlässliche Rahmenbedingungen. Wir setzen deshalb auf klare, einheitliche und planbare Regeln. Ein fester Ansprechpartner in der Verwaltung soll Anliegen bündeln, Genehmigungen vereinfachen und Verfahren beschleunigen. Einheitliche Regelungen, etwa bei **Öffnungszeiten von Freischankflächen,** schaffen Planungssicherheit und reduzieren unnötige Konflikte.

Tourismus soll **qualitativ** weiterentwickelt werden, mit einem ausgewogenen Verhältnis zwischen touristischer Attraktivität und Lebensqualität der Stadtgesellschaft. Das bedeutet: Besucher lenken statt überlasten, Qualität fördern statt Masse, und die Bedürfnisse der Menschen, die in Bamberg leben, konsequent berücksichtigen.

2.6 Universität, Wirtschaft und Stadt enger verknüpfen

Die **Universität Bamberg** ist ein zentraler **Standortfaktor** und ein wichtiger Innovationsmotor. Sie zieht junge Menschen an, schafft Forschung und Know-how und kann wirtschaftliche Impulse setzen. Wir unterstützen deshalb ihre Weiterentwicklung und den Ausbau notwendiger Infrastruktur. Dazu gehören Investitionen in Gebäude ebenso wie bezahlbarer Wohnraum für Studierende. Wer junge Menschen nach Bamberg holt, muss dafür sorgen, dass sie hier auch wohnen können.

Regelmäßige Gespräche mit Lehrstuhlinhabern und sollen den Austausch zwischen Stadt, Wissenschaft und Wirtschaft intensivieren. Modellprojekte, etwa in den Bereichen **Nachhaltigkeit, Energie** oder **Digitalisierung**, können Impulse für Unternehmen und Verwaltung setzen. Eine Stadt, die Transformation gestalten will, braucht eine enge Verbindung zwischen Forschung, Praxis und kommunaler Umsetzung.

2.7 Kunst, Kultur und Kreativwirtschaft als Standortfaktor

Das **Handwerk** ist das Rückgrat unserer lokalen Wirtschaft. Es bildet aus, sichert regionale Wertschöpfung, erhält Versorgung und Qualität und sorgt für Beschäftigung vor Ort. Handwerkliche Betriebe brauchen aber nicht nur Anerkennung, sondern konkrete Rahmenbedingungen, die ihren Alltag erleichtern.

Ein zentraler Baustein ist die **Entwicklung des Schlachthof-Geländes** zu einem innovativen Handwerkerhof mit Markthalle. Ziel ist ein Ort, an dem Produktion, Ausbildung, Austausch und Vermarktung zusammenkommen. Ein solcher Handwerkerhof kann Handwerksbetrieben moderne Flächen bieten, Synergien schaffen, junge Menschen für Ausbildung begeistern und **regionale Produkte** sichtbarer machen. Er kann außerdem ein Leuchtturmprojekt für eine Stadt sein, die Wertschöpfung vor Ort ernst nimmt.

Daneben braucht das Handwerk praktikable Lösungen im täglichen Betrieb. Dazu gehören ausgewiesene **Park- und Ladezonen** sowie **Haltezonen** in fußläufiger Entfernung, damit Be- und Entladevorgänge funktionieren, ohne Konflikte im Straßenraum zu erzeugen. Eine Stadt, die das Handwerk stärken will, muss das im Verkehrskonzept, in der Innenstadtplanung und in der Ordnungspolitik konsequent mitdenken.

2.8 Verwaltung modernisieren und regionale Wertschöpfung stärken

Eine starke Wirtschaft braucht eine **funktionierende Verwaltung.** Verwaltungsabläufe müssen entbürokratisiert und digitalisiert werden. Ziel sind schnellere Entscheidungen, bessere Erreichbarkeit und transparente Verfahren. Wer investiert oder baut, darf nicht monatelang auf Rückmeldungen warten. Eine moderne Verwaltung ist ein Standortfaktor.

In der kommenden Legislaturperiode soll es **keine Erhöhung von Steuern und Abgaben** geben. Gerade in einer Phase wirtschaftlicher Unsicherheit brauchen Betriebe und Menschen Planungssicherheit. Gleichzeitig müssen Investitionen möglich bleiben. Deshalb setzen wir auf Prioritätensetzung, Effizienz und eine Verwaltung, die Prozesse verbessert und Ressourcen klug einsetzt.

Haushalt transparenter gestalten

Die Haushaltsaufstellung in Bamberg ist eine absolute Mammutaufgabe - für die Kämmerei, den Stadtrat als auch deren Auswirkungen für die Bamberger Stadtgesellschaft. Der Haushalt und dessen Aufstellung polarisiert durch alle Schichten unserer Welterbestadt. Um dieser Polarisierung entgegenzuwirken, wollen wir als SPD Bamberg künftige Haushaltsaufstellungen neu denken. Wir wollen den gesamten Prozess transparenter, **flexibler** und mit noch **mehr Bürgernähe** gestalten. Hierzu wollen wir folgende Punkte im kommenden Stadtrat umsetzen:

Einsicht ins Abstimmungsverhalten

.

Das Abstimmungsverhalten der gewählten Stadtratsmitglieder soll um eine digitale und automatisierte Abstimmungserfassung ergänzt werden. Die aktuelle Übergangslösung gewährleistet diese **Transparenz** noch nicht in ausreichendem Maße.

Haushaltsaufstellung transparenter gestalten

Haushaltsentwürfe sollten möglichst früh und transparenter kommuniziert werden. Analog zur Stadt Sankt Augustin sollten **Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit erhalten**, ihre **Anregungen an die Stadtverwaltung** zu senden. Diese werden von den Fachämtern kommentiert und vor den Verhandlungen an die Stadtpolitik weitergeleitet

Umgang mit Finanzen

Der Umgang mit Finanzen in der Verwaltung sollte auf **Effizienz und Entbürokratisierung** hin geprüft werden, um Mittelverschwendung zu verhindern und Flexibilität zu fördern.

Verbesserung der Mittelakquise

Das Fördermittelmanagement soll bereichsübergreifend aufgestellt und personell verstärkt werden, um zusätzliche Fördereinnahmen zu ermöglichen

Regionale Wertschöpfung

Regionale Wertschöpfung soll gestärkt werden. Öffentliche Ausschreibungen sollen dort, wo es rechtlich möglich ist, verstärkt als beschränkte Ausschreibungen an regionale Betriebe vergeben werden. Das stärkt das lokale Handwerk, sichert Arbeitsplätze vor Ort und sorgt dafür, dass öffentliche Mittel in der Region wirken.

2.9 Gute Arbeit in Bamberg - Respekt, Sicherheit und Zukunft

Wer arbeitet, verdient Respekt – und gute Bedingungen.“ Das ist unser Grundsatz. Als SPD Bamberg kämpfen wir für **faire Löhne, sichere Arbeitsplätze und echte Mitbestimmung.** Gute Arbeit ist für uns mehr als ein Schlagwort. Sie ist die Voraussetzung für sozialen Zusammenhalt, wirtschaftliche Stärke und ein lebenswertes Bamberg. Wer jeden Tag Verantwortung übernimmt, Leistung bringt und unsere Stadt am Laufen hält, muss sich auf verlässliche Regeln, Anerkennung und Schutz verlassen können.

Arbeit mit Zukunft – auch in Zeiten des Wandels

Bildnachweis: Bosch Gruppe Medien-ID #75abea10

Arbeit mit Zukunft - auch in Zeiten des Wandels

Bamberg steht wirtschaftlich vor großen Veränderungen, besonders im Umfeld der Industrie und des Automobilsektors. Umso wichtiger ist eine Politik, die nicht zuschaut, sondern gestaltet. Dass Bamberg zuletzt trotz dieser Umbrüche einen Anstieg sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung verzeichnen konnte, zeigt: Eine aktive Wirtschaftspolitik, die Unternehmen, Beschäftigte und Stadt zusammenbringt, wirkt. Daran wollen wir anknüpfen. Unser Ziel ist **Wachstum mit Perspektive:** mit Weiterbildung, fairer Bezahlung und Arbeitsplätzen, die Sicherheit geben und Zukunft eröffnen.

Unternehmen mit guten Arbeitsplätzen sollen in Bamberg Fuß fassen – und bleiben. Auf der Grundlage des Betriebsverfassungsgesetzes setzen wir uns dafür ein, dass Mitbestimmung und verlässliche betriebliche Strukturen gestärkt werden. **Gute Beschäftigung** entsteht dort, wo es faire Regeln gibt, wo Beschäftigte beteiligt werden und wo Arbeit nicht beliebig gemacht wird, sondern Wertschätzung und Qualität im Mittelpunkt stehen.

Die Stadt trägt besondere Verantwortung - als Arbeitgeberin und Auftraggeberin

Die **Stadt Bamberg** hat eine besondere Rolle: Sie ist nicht nur Rahmengeberin, sondern auch selbst Arbeitgeberin und Auftraggeberin. Daraus folgt Verantwortung. Diese Verantwortung gilt für die Stadtverwaltung ebenso wie für städtische Unternehmen und alle Beteiligungen, Töchter, Stiftungen und Tochterstrukturen. Gute Arbeitsbedingungen dürfen dort keine Ausnahme sein, sondern müssen Standard sein.

Deshalb setzen wir uns für ein klares Bekenntnis zur vollständigen Einhaltung des Tariftreuegesetzes ein. Das Tariftreuegesetz muss Grundlage für die zukünftige Vergabe öffentlicher Aufträge sein. Für uns gehört dazu auch die konsequente Anwendung des Tarifvertrags des öffentlichen Dienstes, ohne Teilanwendung, ohne Umgehung und ohne Schlupflöcher. Wer in städtischen Strukturen arbeitet oder für die Stadt arbeitet, verdient tarifliche Sicherheit, planbare Bedingungen und fairen Lohn.

Kodex „Gute Arbeit“ – klare Standards statt schöner Worte

Gute Arbeit braucht verbindliche Kriterien. Deshalb fordern wir den **Kodex „Gute Arbeit“** für Bamberg. Dieser Kodex steht für Arbeitsbedingungen, die Sicherheit geben, Sinn und Identifikation ermöglichen und Wertschätzung ausdrücken. Gute Arbeit heißt für uns: verlässliche Arbeitszeiten, Gesundheitsschutz, angemessene Personalbemessung, faire Bezahlung und eine Kultur, in der Beschäftigte gehört werden und sich mit ihrer Tätigkeit identifizieren können.

Dieser Kodex ist nicht nur im Interesse der Beschäftigten. Er ist auch im Interesse der Bürgerinnen und Bürger, weil **gute Arbeitsbedingungen** die Grundlage für Motivation, Qualität und Innovationskraft sind. Wer dauerhaft überlastet ist oder schlecht bezahlt wird, kann keine verlässliche Leistung erbringen. Wer respektiert wird und Perspektiven hat, arbeitet mit Stolz, Kompetenz und Verantwortung.

Mitbestimmung stärken - Zusammenarbeit mit Gewerkschaften und Räten

Echte **Mitbestimmung** ist ein Kern sozialdemokratischer Politik. Deshalb setzen wir auf enge **Zusammenarbeit mit Gewerkschaften sowie Betriebs- und Personalräten.** Ihre Erfahrung und ihr Wissen aus der Praxis müssen stärker in Entscheidungen einbezogen werden. Gute Arbeitsbedingungen entstehen nicht am Reißbrett, sondern im Dialog – ehrlich, verlässlich und auf Augenhöhe.

Unbefristete Übernahmen als Regel - besonders nach der Ausbildung

Gute Arbeit bedeutet auch Sicherheit. Befristung darf nicht zur Normalität werden. Unbefristete Übernahmen müssen zur Regel werden, insbesondere nach der Ausbildung. Wer in Bamberg ausgebildet wird, soll auch eine Perspektive in Bamberg haben. Das stärkt Fachkräftebindung, entlastet Betriebe und sichert Zukunft für junge Menschen.

Vergabe nach fairen Standards - öffentliche Aufträge als Hebel

.

Öffentliche Aufträge sind ein mächtiges Instrument, um Standards zu setzen. Die Stadt soll bei der Vergabe städtischer Aufträge diejenigen Unternehmen besonders berücksichtigen, die Tarifverträge anwenden und soziale sowie ökologische Standards nachweislich einhalten. Wer fair bezahlt, gute Arbeitsbedingungen bietet, ausbildet und verantwortungsvoll wirtschaftet, soll Vorteile haben. Das stärkt faire Konkurrenz, schützt Beschäftigte und sorgt dafür, dass öffentliche Mittel nicht Billiglohnmodelle fördern, sondern Qualität und Verantwortung.

Keine Privatisierung auf Kosten der Beschäftigten - Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand

Wir lehnen Privatisierungen oder Auslagerungen städtischer Aufgaben ab, wenn sie zulasten von Arbeitnehmerrechten, Tariftreue oder Qualität gehen. Öffentliche Daseinsvorsorge gehört in öffentliche Hand – fair, verlässlich und solidarisch. Ob Dienstleistungen, Infrastruktur oder soziale Aufgaben: Die Stadt muss dort, wo sie Verantwortung trägt, auch die Arbeitsbedingungen sichern. Das ist nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, sondern auch der Verlässlichkeit gegenüber der Bevölkerung. Eine Stadt kann nur funktionieren, wenn diejenigen, die sie tragen, nicht unter Druck gesetzt, sondern geschützt und respektiert werden.

Ökologisches Bamberg

By: Reinhold Möller, CC BY-SA 4.0, https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=92684146

3. Stadtentwicklung im Einklang mit Mensch, Natur und Klima

Der Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen ist eine der zentralen Zukunftsaufgaben kommunaler Politik. **Klimawandel, Artensterben** und zunehmende **Extremwetterereignisse** sind keine abstrakten Bedrohungen mehr, sondern im Alltag spürbar: durch Hitzetage, Trockenperioden, Starkregenereignisse und eine steigende Belastung besonders für Kinder, ältere Menschen und Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen. Für die SPD Bamberg ist klar: **Ökologische Politik beginnt vor Ort.** Sie entscheidet darüber, wie lebenswert unsere Stadt heute ist und wie gut sie auf die Herausforderungen von morgen vorbereitet ist.

Ökologische Verantwortung darf dabei nicht gegen soziale Interessen ausgespielt werden. **Klimaschutz** und **Klimaanpassung** müssen so gestaltet sein, dass sie den Alltag der Menschen konkret verbessern und niemanden überfordern. Für uns ist Ökologie kein Verzichtsprogramm, sondern eine Investition in Lebensqualität, Gesundheit, Sicherheit und Zukunftsfähigkeit. Eine ökologische Stadt ist eine Stadt, in der man gerne lebt, sich gerne aufhält und gut durch alle Lebensphasen kommt.

3.1 Erhalt des Baumbestandes - Schutz statt Symbolpolitik

Der bestehende Baumbestand ist eine der wichtigsten natürlichen Infrastrukturen Bambergs. **Bäume sind Klimaanlagen der Stadt:** Sie spenden Schatten, kühlen ihre Umgebung, filtern Schadstoffe, speichern Wasser und verbessern das Mikroklima in Straßen und Quartieren. Gerade in dicht bebauten Stadtteilen sind sie unverzichtbar für Lebensqualität und Gesundheit.

Besonders alte und große Bäume haben einen hohen ökologischen Wert und müssen prioritär geschützt werden. Fällungen dürfen nur erfolgen, wenn sie nachweislich alternativlos sind. Statt auf reine Ersatzpflanzungen zu setzen, wollen wir den Fokus stärker auf den **Erhalt bestehender Bäume** legen. Dazu gehören präventive Maßnahmen wie verbesserte Baumscheiben, Schutz vor Bodenverdichtung, der Einsatz von Bodensonden, ausreichende Bewässerung sowie konsequenter Schutz vor Streusalz. Ausgleichspflanzungen müssen transparent erfasst und qualitativ bewertet werden. Entscheidend ist nicht die reine Zahl der Neupflanzungen, sondern ihre langfristige ökologische Wirkung.

3.2 Nachhaltige Bepflanzung und Pflege

Kurzlebige Saisonbepflanzungen sind kostenintensiv, pflegeaufwendig und ökologisch wenig wirksam. Deshalb setzen wir uns für eine Umstellung auf **mehrjährige Stauden- und Dauerpflanzungen** im öffentlichen Raum ein. Diese fördern **Biodiversität,** bieten **Lebensraum** für Insekten und reduzieren langfristig Pflegeaufwand und Ressourcenverbrauch. **Öffentliche Grünflächen** sollen ökologisch aufgewertet und zugleich dauerhaft attraktiv gestaltet werden.

3.3 Klimaresiliente Stadt - Vorsorge statt Reparatur

Der Klimawandel erfordert ein Umdenken in der Stadtplanung. Bamberg muss widerstandsfähiger gegen Hitze, Starkregen und Trockenheit werden. Wir setzen deshalb konsequent auf die Prinzipien der **Schwammstadt.** Versiegelung soll vermieden, Entsiegelung gezielt ausgebaut werden. Regenwasser soll dort gespeichert und genutzt werden, wo es anfällt, statt ungebremst in die Kanalisation zu fließen.

Frischluftschneisen sind für das Stadtklima unverzichtbar und müssen konsequent erhalten bleiben. **Hitzevorsorge** wird zur Leitlinie der Stadtentwicklung. Mehr Bäume, Wasserflächen, Verschattung, klimaangepasste Materialien und helle Oberflächen sorgen dafür, dass öffentliche Räume auch an heißen Tagen nutzbar bleiben. Klimaanpassung ist dabei kein Zusatz, sondern fester Bestandteil jeder planerischen Entscheidung.

3.4 Dach- und Fassadenbegrünung

Dach- und Fassadenbegrünungen leisten einen wichtigen Beitrag zum Stadtklima. Sie kühlen Gebäude, speichern Regenwasser, verbessern die Luftqualität und schaffen neue Lebensräume. Wir wollen bestehende Förderprogramme ausbauen, Beratungsangebote stärken und bürokratische Hürden abbauen. Die Stadt Bamberg soll dabei mit eigenen Gebäuden eine Vorbildfunktion übernehmen und zeigen, wie **ökologische Bauweisen** praktisch umgesetzt werden können.

3.5 Nachhaltige Energie-, Wärme- und Kälte-versorgung

Die Energiewende entscheidet sich auch auf kommunaler Ebene. Wir setzen uns für den konsequenten Ausbau erneuerbarer Energien und effizienter Versorgungssysteme ein. Photovoltaik, Wärmerückgewinnung, Großwärmepumpen, Fernwärme und Fernkälte müssen stärker miteinander verzahnt werden. Innovative Ansätze wie Solarüberdachungen von Parkplätzen oder Bushaltestellen sowie die Nutzung von Flusswärmepumpen sollen gezielt geprüft und vorangebracht werden. Ziel ist eine sichere, bezahlbare und klimafreundliche Energieversorgung für Haushalte, Gewerbe und öffentliche Einrichtungen.

3.6 E-Mobilität für alle ermöglichen

Der Umstieg auf klimafreundliche Mobilität darf kein Privileg sein. Der **Ausbau öffentlicher Ladeinfrastruktur** ist insbesondere in Wohnquartieren notwendig, in denen private Lademöglichkeiten fehlen. Wir setzen auf quartiersbezogene Lösungen, Kooperationen mit Stadtwerken und innovative Ansätze wie das Laden an Straßenlaternen. So wird **Elektromobilität** alltagstauglich und sozial gerecht.

3.7 Öffentlichen Raum ökologisch und sozial aufwerten

Grünflächen sind weit mehr als Dekoration. Sie sind Orte der Erholung, der Begegnung und der Bewegung. Bestehende Parks und Grünanlagen sollen regeneriert, entsiegelt und ökologisch aufgewertet werden. **Sitzgelegenheiten, Spiel- und Bewegungsangebote** sowie eine vielfältige Bepflanzung erhöhen die Aufenthaltsqualität für alle Generationen. Das Konzept der essbaren Stadt wollen wir weiterentwickeln und stärker in Quartiere integrieren.

3.8 Repair-Cafés, Tauschorte und gemeinschaftliche Nutzung stärken

Ressourcenschutz beginnt im Alltag. **Repair-Cafés, Tauschschränke und gemeinschaftliche Nutzungsangebote** verbinden ökologische Verantwortung mit sozialem Zusammenhalt. Sie verlängern die Lebensdauer von Produkten, reduzieren Abfall und stärken Nachbarschaften. Diese Initiativen sollen gezielt gefördert und bevorzugt an städtischen Einrichtungen verankert werden. **Patenschaftsmodelle** sichern Pflege und Betrieb. Die Stadt soll unterstützen, koordinieren und diese Angebote sichtbar machen.

3.9 Gesundheit, Bewegung und soziale Orte

Stadtgestaltung ist Gesundheitsvorsorge. Begrünte Wege, schattige Plätze, Wasserflächen und gut vernetzte Grünzüge fördern Bewegung, Erholung und Wohlbefinden. Grünachsen, insbesondere im Bamberger Osten, sollen weiterentwickelt und besser miteinander verbunden werden.

Der **Friedhof** im Bamberger Norden soll behutsam als **Ort der Ruhe, der Begegnung und der sozialen Teilhabe** weiterentwickelt werden. Barrierefreie Wege und Sitzgelegenheiten schaffen Aufenthaltsqualität im Einklang mit Würde und Respekt. Wenig genutzte öffentliche Orte wie Uferbereiche oder Randlagen sollen durch einfache Maßnahmen zu sozialen Treffpunkten werden. **Urban Gardening** und **Gemeinschaftsgärten** wollen wir ausbauen, an Schulen, in Quartieren und bei sozialen Einrichtungen.

3.10 Artenschutz als kommunale Pflicht

Artenschutz ist eine kommunale Pflichtaufgabe. Bei Bau- und Sanierungsmaßnahmen muss er konsequent mitgedacht werden. **Brutplätze, Quartiere** und **Biotope** sollen erhalten, neu geschaffen und besser vernetzt werden. Totholz soll, sofern keine Verkehrssicherungspflichten entgegenstehen, als wichtiger Lebensraum erhalten bleiben.

Wir setzen uns zudem für den Aufbau einer **städtischen Taubenhilfe** mit artgerechter Populationskontrolle ein. Ziel ist ein verantwortungsvoller Umgang mit Tieren im urbanen Raum, der Tierwohl, Hygiene und Stadtbild gleichermaßen berücksichtigt.

Alles zu Sebastian Niedermaier und dem #TeamNiedermaier

Auf unserer Webseite erfahren Sie alles zu unserem OB-Kandidaten und den weiteren SPD-Stadtratskandidierenden!

niedermaier2026.de

Einscannen & informieren!

Ihr Oberbürgermeister mit Bamberger Wurzeln

Sebastian Niedermaier

8. März Niedermaier wählen

SPD
BAMBERG

Bamberg in guten Händen!

V. i. S. d. P.:
Olaf Seifert, Parteivorsitzender

SPD Bamberg
Luitpoldstraße 48a
96052 Bamberg

www.niedermaier2026.de
www.spd-bamberg-stadt.de